

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten. Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe am 1. März 1861. Die Tages-Beilage des Abends erscheint in Halle und kostet 100.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich 1.25.00, in den Postgebieten abgeholt 1.15.00 monatlich. Die abendliche Beilage kostet 1.00.00. Die Beilage des Abends kostet 1.00.00. Die Beilage des Abends kostet 1.00.00. Die Beilage des Abends kostet 1.00.00.

Verleger: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Braubaustraße 17, Fernsprecher-Gesellschaft. Gesamtkosten 1140 und 1182. Druck-Veranstaltung: „Anstalt für Halle'sche Zeitung“. Druck-Veranstaltung: „Anstalt für Halle'sche Zeitung“. Druck-Veranstaltung: „Anstalt für Halle'sche Zeitung“.

Hochspannung im Orient.

Der Streit um Osttrazien / Das russische Spiel / Orientkonferenz in Paris / Die Falschfengefahr / Die neuen Sätze der Angestelltenversicherung. Giftmordattentat auf die Hauptangeklagten im Raibenu-Prozess.

Die unterbrochene Konferenz.

Die Konferenz von Madania ist ins Stocken geraten. Zunächst sieht es, daß die Türken und die Alliierten zu einem Einvernehmen gelangt wären, das aber von den Griechen kategorisch abgelehnt wurde. In der Tat scheint es so, daß die Griechen feierlich Botschaften ihrer gegenwärtigen Regierung hatten, und daß sich daraus die ersten Verhandlungsergebnisse ergaben. Aber es scheint auch noch gute Wege bis zu einem Einverständnis der Türken und der Ententekräfte zu haben. Die Türken haben noch allerlei Wünsche hinsichtlich Trazien, und man muß ihnen auch zugeben, daß die Entente alles andere als klare Erklärungen über die Zukunft dieses Gebiets bisher gegeben hat. Die letzten Londoner Meldungen belagten sogar, daß der britische Minister General Harrington dahin instruiert habe, mehr der Meinung Trazien durch die Türken, noch der Meinung durch die Griechen zuzustimmen. Einen türkischen Botschafter haben die Engländer ebenfalls abgelehnt. Die Antwort der Regierung von Ankara auf die offizielle Note vom 23. September ist nunmehr offiziell eingetroffen. England hat bekanntlich das Eintreffen dieser Antwort zur Bedingung für sein weiteres Verhalten gemacht. Die Türken erklären sich in ihrer Antwort grundsätzlich zu einer Friedenskonferenz, die nach den Verhandlungen von Madania stattfinden soll, bereit. Jedoch kommen sie hier schon mit weiteren Wünschen. Auch dafür ihnen Venedig nicht als Konferenzort. Sie schlagen dafür Smyrna vor. Wahrscheinlich wird man sich auf irgendwelchen Vermittlungsversuchen einstellen müssen.

Es war zu erwarten, daß die Türken auch noch den formellen Antrag auf die Zulassung Rußlands zur Friedenskonferenz stellen würden. Das geschieht, denn auch in ihrer Antwort, und zwar brachten sie ihr Gesandten darüber aus, daß Rußland, die Ukraine und Georgien, die doch an der Meerengefrage direkt interessiert seien, zu der Konferenz nicht eingeladen worden sind. Die Türkei kann auf die Zulassung Rußlands zur Friedenskonferenz nicht verzichten, ohne ihren Bündnisvertrag mit Moskau zu gefährden. Aber gerade daran scheint England sehr wenig zu liegen. In London weiß man ganz genau, daß die gegenwärtige ausfallende Stellung Englands bei der Kontrolle der Meerengen gefährdet ist, wenn zur Abfassung des Vertrages hierüber die russischen Forderungen zu weit gehen werden. In Frankreich hat man ebenfalls formaler Natur. Trotzdem Herr Herriot augenblicklich so eifrig mit den Moskowitern über allerlei Handelsabkommen verhandelt, betont die Pariser Regierung doch immer wieder, daß sie Moskau nicht offiziell anerkannt habe. Eine offizielle Einladung der Russen zur Friedenskonferenz würde die Anerkennung des Russen faktisch bedeuten. Wenn man der französischen Presse glauben kann, so würde sich die französische Regierung mit dem Ausbruch abfinden, daß eine offizielle Delegation von Moskau an der Friedenskonferenz teilnimmt. Aber man ist sich nicht auf der Friedenskonferenz, und vorläufig handelt es sich darum, die Verhandlungen in Madania wieder in Gang zu bringen. Am kritischsten werden die neuen Operationen im Kampfgelände. Im Spanagaberg sollen die Konzentrationen der semalitischen Truppen fort-dauern. Ebenso wird gemeldet, daß Kemal Pascha seine Versuche, auf Konstantinopel zu marschieren, dadurch erneuert, daß er seine Kräfte sammelt und seine Kavallerie bereits bis nach Andana am Schwarzen Meer entsandt habe. Es läßt sich nicht ganz übersehen, inwiefern es sich hierbei um englische Tendenzmeldungen handelt. Jedenfalls kammern alle diese Nachrichten aus englischer Quelle, wie es auch die „Times“ ist, die von einer Mobilisierung der russischen Flotte im Schwarzen Meer berichtet. Die Türken sind festlich zu genießen, als daß sie nicht aus Überdruß das Spiel Englands erleichtern würde. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß Kemal Pascha nicht alle seine Mittelkräfte in der Hand hat, und so ist immer noch die Gefahr erneuter kriegerischer Vermählungen nicht ausgeschlossen. Über diesen Schwebesand mit seinen alten Gefahren ist für die Großmächte mindestens ebenso unerträglich, wie für die Türken, und das allgemeine Friedensbedürfnis wird die Dinge von selber vorwärts treiben. Und so wird man wohl oder übel die abgebrochenen Fäden demnächst in irgendeiner Form wieder anknüpfen müssen.

Angoras Antwort auf die Entente-Note.

London, 5. Oktober. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat folgenden kurzen Auszug aus der Antwort der Angora-Regierung vom 4. Oktober auf die alliierte Einladung vom 23. v. Mts. erlassen: Die Regierung von Angora weiß den Wunsch nach einem direkten und dauerhaften Frieden zu würdigen. Die alliierte Note bezieht sich auf zwei Fragen, nämlich die gegenwärtige militärische Lage und die Verhandlungen zwecks Abschluß eines Friedens. Die Zusammenkunft von Madania wird unseren

Standpunkt bezüglich der militärischen Lage prüfen, den wir in unserer Note vom 23. September bekannt gegeben haben, und ihre Entscheidung wird in allen Punkten angelehnt werden. Was die Friedensverhandlungen betrifft, so sind wir bereit, Vertreter zu entsenden, um einen Vertrag zwischen der Türkei und Griechenland sowie den Alliierten zu erörtern und abzuschließen. Da die Alliierten die Möglichkeit zulassen, daß diese Konferenz anderswo als in Venedig stattfinden, möchten wir nachfragen, daß die Konferenz am 20. Oktober in Smyrna zusammentritt. Außer den Großmächten sind lediglich zwei Staaten zu der Konferenz eingeladen worden, nämlich die im Krieg beteiligten sind, sondern wahrscheinlich, weil sie an gewissen Fragen, die durch den Friedensvertrag geregelt werden sollen, interessiert sind. Da die einzige wichtige Frage dieser Art die künftige Kontrolle der Meerengen ist, können wir nicht unterlassen, unsere Überzeugung darüber auszudrücken, daß Rußland, die Ukraine und Georgien, die tatsächlich an der Frage interessiert sind, nicht eingeladen werden. Da die Teilnahme dieser drei Staaten nur geeignet wäre, die zu treffende Regelung dauerhafter zu machen und jede künftige Ursache für Konflikte auszuschließen, schlagen wir endgültig vor, daß sie in der besten Weise eingeladen werden, wie das bei den beiden anderen Staaten der Fall ist. Wir hoffen, daß die Einladungen vor der Konferenz an sie ergehen wird.

Bündnisangebot Rußlands.

London, 7. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Daily Telegraph meldet aus Konstantinopel, daß der russische Delegierte in Angora Anlaß der Regierung von Angora mitgeteilt habe, die russische Regierung sei bereit, die Türkei militärisch und diplomatisch zu unterstützen und ihr besonders Schiffe zur Verfügung zu stellen.

zu können. Kemal Pascha hat nach einer Weitermeldung eine Proklamation an die Bevölkerung von Konstantinopel erlassen, worin er der Hoffnung Ausdruck gibt, bald in Konstantinopel einzutreten zu können.

London, 6. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der Kabinettsratrat, wie bereits mitgeteilt, getrennt am 11. Uhr zusammen und beriet bis heute morgen 12 Uhr. Das Kabinett hat über die Meldung des General Harrington beraten. Die Schwierigkeiten in Madania bestehen darin: Die Engländer wollen um seinen Preis Trazien zur Friedenskonferenz räumen, während die Türken die sofortige Annahme verlangen. Angora fordert den sofortigen Abschluß der Verhandlungen. Man glaubt, daß ein Kompromiß möglich sei und daß ein Scheitern der Verhandlungen vermieden werden kann. Es sind weitere Instruktionen an General Harrington gegeben worden. Ein weiterer Kabinettsrat fand heute vormittag 11 Uhr statt, in dem über die Antwort der Türken auf die Note der Alliierten beraten wurde. In englischen Kreisen wird freilich erklärt, daß das Kabinett hierüber keinen Beschluß fassen werde, ohne sich mit den übrigen Alliierten beraten zu haben.

Neue Verhandlungen in Madania.

London, 7. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) General Harrington und die übrigen alliierten Generale sind gestern nachmittag nach Madania zurückgeteilt. Die Konferenz wurde noch am gleichen Abend eröffnet. Die Alliierten erklärten den Türken, daß sie eine Überzeugung nicht geteilt hätten, sondern die Türken der Reichsregierung eine lang. Briefe. Er bezeichnete es als Hauptaufgabe der deutschen Politik der letzten Jahre, die Einheit des Reiches zu retten. Das sei gelungen. Die Atmosphäre des Kaiserreichs wurde von Jahr zu Jahr. Der Reichswort widmete der Reichsanwalter Worte der Anerkennung und wendete sich zum Schluß gegen die Ausübung der Alliierten am Krieg. Diese letzten Worte auf die Dauer sein Volk gegen. Sobald wir etwas Politisches in der Hand hatten, haben wir Schritte dagegen unternommen, daß man uns die Alliierten am Krieg aufbietet. Jetzt haben wir Beweise. Unter Depechenwechsel wird in den nächsten Tagen in roter Schrift veröffentlicht werden. Dem kommenden Winter sieht der Kampf mit Sorge entgegen. Er handelt sich dabei um die Organisation des Kampfes gegen den Hunger. Die kommenden Reichstagsverhandlungen haben schwere Entscheidungen zu treffen. In die Ausführungen des Reichstagsleiters schloß sich eine zwanglose Unterhaltung an.

Eine Kanzlerrede.

Kaiserstraße, 7. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern waren Vertreter der höchsten Behörden, sowie die Angehörigen des Reichs- und Landtags vom Reichstagstag Dr. Wirth, der am Abend seinen Urlaub verließ, zu dem Kanzler. Dabei hielt der Reichskanzler eine lang. Rede. Er bezeichnete es als Hauptaufgabe der deutschen Politik der letzten Jahre, die Einheit des Reiches zu retten. Das sei gelungen. Die Atmosphäre des Kaiserreichs wurde von Jahr zu Jahr. Der Reichswort widmete der Reichsanwalter Worte der Anerkennung und wendete sich zum Schluß gegen die Ausübung der Alliierten am Krieg. Diese letzten Worte auf die Dauer sein Volk gegen. Sobald wir etwas Politisches in der Hand hatten, haben wir Schritte dagegen unternommen, daß man uns die Alliierten am Krieg aufbietet. Jetzt haben wir Beweise. Unter Depechenwechsel wird in den nächsten Tagen in roter Schrift veröffentlicht werden. Dem kommenden Winter sieht der Kampf mit Sorge entgegen. Er handelt sich dabei um die Organisation des Kampfes gegen den Hunger. Die kommenden Reichstagsverhandlungen haben schwere Entscheidungen zu treffen. In die Ausführungen des Reichstagsleiters schloß sich eine zwanglose Unterhaltung an.

Der neue französische Botschafter in Berlin.

Nach den neuesten Nachrichten aus Paris soll Maurice Serre heute noch nicht als Botschafter nach Berlin gehen, er wird vielmehr seine deutschfreundliche Tätigkeit in Brüssel fortsetzen können. Nach Berlin wird der bisherige französische Botschafter in Brüssel, de Margerie, entsandt werden. De Margerie hat eine rein diplomatische Laufbahn hinter sich. Zur Zeit der Kriegserklärung war er Direktor der politischen Abteilung im Ministerium des Auswärtigen.

Der absolute Mussolini.

Der Faschismus hat dem Ruhmestrange seiner abenteuerlichen Heldentaten ein neues Lorbeerblatt hinzugefügt: die Eroberung Siziliens. Von Bogen zog ein Teil der Kreuzfahrer nach Orient, um sie den Rittreitern des für ihr Empfinden allzu britisch-fremden Generalgouverneurs Credaro erzwungen worden. Der nächste Plan scheint ein Aufbruch gegen — Innsbruck zu sein, wodurch der Faschismus aus dem Rahmen der italienischen Innenpolitik herausstiege und zu einer internationalen Gefahr werden könnte. Aber auch innenpolitisch stehen große Dinge bevor. Man spricht bereits allgemein von einem neuen Rittreitern des Kabinetts Jacta. Die politische Krise, die bald durch die Streiks der Industriearbeiter, bald eben durch die Rittreitern der Faschisten dauernd in Brand erhalten wird, würde nach dem letzten, im August, durch einen einfachen rimpasto, einer Umbildung des Kabinetts zu lösen. Die Demokraten, Reformisten und Vertreter der katholischen Volkspartei befehlen das Rittreiten der Hand. Jacta blieb Ministerpräsident, und indem er das Zentrum an den rechtsliberalen Senator Ledda, den bisherigen Präsidenten von Turin, abgab, hofften alle friedliebenden Elemente, daß das neue Kabinett sich mit besonderer Hingabe der Sicherung der öffentlichen Ordnung widmen werde. Das hat es auch versucht, aber mit welchem Erfolg?

Die Rede, die Mussolini gestern in Mailand hielt, gibt die Antwort auf diese Frage. Der große Faschistenführer, der wie man sagt, die Philosophie Nietzsche's in die nationale Politik einführen will und deshalb rein äußerlich mit seiner hohen Charakterschönheit. In Italien, so führte er aus, haben wir zwei Parteien, die liberale und die faschistische. Da wir Faschisten nicht werden, muß es der liberale Staat tun! Mussolini wirt auch der Kammer den Festschluß geben. Sie muß ebenfalls gehen, sonst dürfte sie — das wurde natürlich nur angebeutet — ähnlich wie der General Duce Ferrarri die „persönliche Bekanntheit“ mit den faschistischen Methoden machen. Mussolini ist sich wohl bewußt, daß ihm der Zufall der Stunde zu Hilfe kommt. Der sozialistische Kongress in Rom endete mit einer Spaltung der Partei. Die abgelehnten Sozialisten und Kommunisten formierten den Faschismus in der Partei zu. Dieser wird in nächster eine Partei der Masse. Mussolini hat darüber nachgedacht und in Udrin gesprochen. Er gab zu, daß die Masse etwas Gefährliches ist und daß der Faschismus eine strenge Sichtung seiner Jünger vornehmen müsse. Die Quantität sei besser als die Quantität. Aber am Schluß seiner Rede, nachdem er immer wieder als Programm des Faschismus den laudablen Satz geprägt hat: „Wir wollen Italien regieren!“ sagt er jedesmal ungefähr folgendes: Wir werden den Staat von seinen sozialistischen und demokratischen Überlebenden befreien und so einen Staat bilden, der höchst einfach von sich sagen kann: Ich stelle keine einzelne Partei dar, sondern die nationale Gemeinschaft, ich schließe alle ein, ich scheue über allen, ich schließe alle und werde mich gegen alle, die meine absolute Souveränität antasten.“

Es folgt nur noch, daß Mussolini hinzusetzt: Der absolute Staat, das hin! In solchen Reden blüht bereits das erste Wertelächeln der kommenden Neuordnung. Die italienische Demokratie hat unter dem Druck des Faschismus gewisse Einschränkungen aufgegeben und arbeitet heute mit einem Programm, das man früher ein breites konservatives genannt hätte. Nach Ausgestaltung der Sozialisten wird der gefährlichste Gegner im Kampf um die Massen sein die Freunde des Faschismus auf dem Kampfbahnen der Wahlen nur mehr die Demokraten, und natürlich auch die Popolari. Gegen die Popolari wendet sich die „diszipliniertere Gewalt“ des Faschismus am eifrigsten, weil diese die andere Massenpartei sind, die sich noch nicht beugen hat und wahrscheinlich auch nicht beugen wird. Nach den Neuwahlen wird vielleicht der Sektor der Sozialisten im Parlament kleiner, die Popolari aber dürfen kaum etwas einbüßen. Zur Erreichung des parlamentarischen Gleichgewichts werden Demokraten und Popolari nach links drängen und sich fester aneinander binden. Denn das ist klar, daß der Faschismus sich zwar durch Gewalt durchsetzen, aber niemals dauernd mit Gewalt halten kann. Der faschistische Staat wäre die Diktatur, und diese führt bald an den Sünden, die beangenen werden müssen, um das gefährliche Spiel zu gewinnen.

Die Faschistenruhen in Süditalien

nehmen weiteren Umfang an. Die „Schwarzen“ haben jetzt auch durchgedrungen, daß der Gouverneur von Süditalien, Credaro, der nach ihrer Meinung die Italienisierung der deutschen Lande nicht mit der nötigen Energie betreibt, seinen Abschied nehmen mußte. Wie weit diese Bewegung der italienischen Reichsbildnerinnen auf die eigentliche Situation übergriffen wird, ist noch nicht abzusehen. Der angelegentlichste Rittreitern des Ministerpräsidenten de Jacta wird die Lage keineswegs vereinfachen.

Der italo-faschistische Ministerpräsident Benech ist zurückgetreten. Die Bildung eines neuen Kabinetts ist bisher nicht gelungen. Benech wollte in diesem neuen Kabinett Außenminister werden. Benech wäre dem Subjekt der Italo-faschisten, Frankreich, übergeben gewesen.

